

# Der sächsische Erzähler,

**Amtsblatt**

der Rgl. Amtshauptmannschaft, der Rgl. Schulinspektion und des Rgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Rgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.



**Tageblatt**

für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke Pulsnitz, Neustadt, Schirgiswalde u.

Sechshundsechzigster Jahrgang.  
Telegr.-Adr.: Amtsblatt. Fernsprecher Nr. 22.

Mit den wöchentlichen Beilagen: Jeden Mittwoch: Belletristische Beilage; jeden Freitag: Der sächsische Landwirt; jeden Sonntag: Illustriertes Sonntagsblatt.

Besteht jeden Montag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der drei wöchentlichen Beilagen bei Abholung vierteljährlich 1 M. 50 Pfg., bei Zustellung ins Haus 1 M. 70 Pfg., bei allen Postämtern 1 M. 80 Pfg. einzelne Beilagen 10 Pfg. Einzelne Nummern kosten 10 Pfg.

Bestellungen werden angenommen: für Bischofswerda und Umgeg. bei unseren Zeitungsstellen, sowie in der Geschäftsstelle, Elbmarkt 15, ebenso auch bei allen Postämtern. Nummer der Zeitungsliste 6587. Schluß der Geschäftsstelle abends 8 Uhr.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bisvorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher. Die viergespaltene Kopfzeile 12 Pfg., die Restzeile 20 Pfg. Geringster Inseratenbetrag 40 Pfg. Für Wiederstattung unentgeltlich eingesandter Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.

## Bekanntmachung.

Es sind in der letzten Zeit vielfach insbesondere zur Feldbestellung verwendete Geschirre auf öffentlichen Wegen während der Dunkelheit ohne Beleuchtung angetroffen worden.

Zur Vermeidung von Unfällen sieht sich daher die königliche Amtshauptmannschaft veranlaßt auf die Bestimmung in Punkt 1 Ziffer 1 des Erlasses vom 1. Mai 1896 den Fahrverkehr auf öffentlichen Wegen betreffend, abermals hinzuweisen, wonach alle auf öffentlichen Wegen verkehrenden mit Zugtieren bespannten Fuhrwerke während der Dunkelheit hellbrennende Laternen zu führen haben.

Im Zuwiderhandlungsfalle wird künftig unnachsichtlich mit Bestrafung vorgegangen werden.

Bautzen, am 15. Februar 1912.

**Königliche Amtshauptmannschaft.**

## Achtstufige mittlere (höhere) Bürgerschule mit Sprachklassen zu Bischofswerda.

Anmeldungen von Kindern aus den Nachbarorten für irgend eine Klasse, bez. Sprachabteilung werden bis Oftern an den Wochentagen vorm. von 11—12 Uhr im Amtszimmer des Unterzeichneten entgegengenommen.

Der Sprachunterricht für Knaben beginnt mit dem 4. Schuljahre (Französisch wöchentlich 6, Lateinisch 8 und Englisch 4 Stunden. Ziel: Vorbereitung zum Eintritt in die 2. Realschulklasse und in Obertertia des Gymnasiums.) Vom 6., bez. 7. Schuljahre ab wird auch Unterricht in Steno-

graphie, in der Geometrie der höheren Schulen und in Algebra gewährt.

Die Mädchen erhalten vom 5. Schuljahre ab wöchentlich 4 Stunden Französisch, vom 7. Jahre ab außerdem 3 Stunden Englisch.

Für die Knaben empfiehlt sich der Eintritt im 4. (kl. V), spätestens im 7. (kl. II) Jahre, für die Mädchen im 4., bez. 5. Jahre.

Das Schulgeld beträgt jährlich in Klasse VIII—V 30 M. und in Kl. IV—1 40 M.

Für Teilnahme am Sprachunterrichte wird eine besondere Gebühr erhoben.

Bischofswerda, 20. Februar 1912.

**Der Direktor der städtischen Schulen: Paul Jochen.**

## Das Neueste vom Tage.

Der Reichstag beriet am Mittwoch über die Interpellationen der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokraten auf Aufhebung des Futtermittel- und Kartoffelzolls. (Siehe Bericht.)

Die englische Admiralität hat große Abschlüsse über den Ankauf amerikanischer Kohlen gemacht. (Siehe letzte Depeschen.)

Durch ein Feuer in Houston (Texas) wurden Gebäude und Warenbestände im Gesamtwerte von vierzig Millionen Mark vernichtet. (Siehe letzte Depeschen.)

Bei einem Eisenbahnzusammenstoß im Hoosac-Tunnel im Staate Massachusetts wurden vier Personen getötet und sieben Güterwagen zerstört. (Siehe Verm.)

Der Südwesten Amerikas wird von Wirbelstürmen heimgesucht. Gleichzeitig sind heftige Schneefälle und grimmige Kälte zu verzeichnen. (Siehe letzte Depeschen.)

## Eine Leuerungsdebatte im Reichstag.

Auf der Tagesordnung der Sitzung am Mittwoch standen die Interpellationen der Freisinnigen und der Sozialdemokraten auf Aufhebung des Futtermittel- und Kartoffelzolls.

Die alten Fragen und Forderungen, wie im Herbst vorigen Jahres, aber neue Männer, die sie

vorbringen. Die Fortschrittler und Sozialdemokraten schäufen zur Begründung ihrer Interpellationen über die Suspendierung des Kartoffelzolls und die Aufhebung des Zolls auf Mais und Futtermittel den Gutsbesitzer Dr. Wendorf, der im Mecklenburgischen gewählt ist, und Bod, den neuen Vertreter Gothas, vor.

Zur Begründung der freisinnigen Interpellation sagt der Abg. Dr. Wendorf folgendes:

Wir wollen grundsätzliche Auseinandersetzung über die gesamte Wirtschaftspolitik vermeiden und auch nicht den Kleingrundbesitz gegen den Großgrundbesitz ausspielen. Vor 8 Tagen erklärte Staatssekretär Bermuth, es seien Erwägungen im Gange, den bevorstehenden Saisonzoll auf Kartoffeln vorjähriger Ernte bis zum 1. Mai hinauszuschieben. Offenlich haben sich diese Erwägungen nun zu einem Beschluß verdichtet. Daß durch die schlechte Kartoffelernte, die kaum ein Viertel einer normalen Ernte brachte, ein Nothstand entstanden ist, ist nicht zu bezweifeln. Die Kartoffelsteuerung ist lediglich ein Glied in der großen Kette der Steuerungen. Durch die hohen Kartoffelpreise wird besonders der Mittelstand betroffen, für den doch besonders Sie (zu den Konservativen) eine warme Lanze einzulegen sich bereit erklärt haben. Der Schutzoll auf Mais ist ganz und gar entbehrlich, da wir in Deutschland einen Maisförnerbau nicht kennen. Wie wir, so hat auch der bayerische Landwirtschaftsrat die Aufhebung des Zolls auf Futtermittel und Mais verlangt. Für die Eindämmung der Maul- und Klauenseuche ist die Einfuhr guter Futtermittel unbedingt erforderlich.

Wenn man jetzt daran gehen will, dem Mittelstand zu helfen, dann darf auch der ländliche Mittelstand nicht vergessen werden, und dazu bietet die Befolgung des durch unsere Interpellation angegebenen Weges die richtige Handhabe.

Die Begründung der sozialdemokratischen Interpellation durch den Abg. Bod war gerade nicht von großer Sachkenntnis getrübt. Er führte aus: Segensreich hat der Zolltarif nur gewirkt für die Agrarier. Weite Distrikte in Deutschland gibt es, von denen die Bevölkerung nahezu ausschließlich von Kartoffeln lebt. Für alle diese Leute bedeutet angehörs der allgemeinen Teuerung und der Mißernte der Kartoffelzoll geradezu ein Unheil. (Sehr richtig!) Die Voraussage, daß die hohen Nahrungsmittelpreise auch hohe Löhne mit sich bringen würden, ist nicht eingetreten. Der Kartoffelkonsum in Deutschland ist viel größer als in anderen Ländern und trotzdem und trotz des Mangels an Kartoffeln führen die Agrarier noch Kartoffeln aus. Der Schutzoll bringt nur dem kleinsten Teile der Landwirtschaft Nutzen, 81 Prozent der Landwirte haben keinen Vorteil davon. Alle Nahrungsmittel sind ganz gewaltig im Preise gestiegen; deshalb sollte man die Kartoffeln nicht noch weiter belasten. Ein großer Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist an der Verbilligung der Futtermittel sehr interessiert. Der Reichstag tat nur seine heilige Pflicht, wenn er den Armen der Armen die Kartoffeln verbilligt. (Beifall bei den Soz.)

Die beiden Interpellationen fanden sofortige Beantwortung durch

Staatssekretär Dr. Delbrück: